



**Fabian Cancellara**  
Der Radprofi kämpft mit Krämpfen  
und verpasst den WM-Titel klar

SEITE 12

**Jacqueline Fehr**  
Die SP-Nationalrätin soll Regine Aepllis  
Regierungsratssitz verteidigen

ZÜRICH 23

**Breel Embolo**  
Der FCB-Profi  
trifft sein Idol

SPORT 9

## Zürcher haben genug von teuren Mieten

Günstiger Wohnraum 56 Prozent Zustimmung im Bezirk Dietikon - doch wird die Vorlage rechtzeitig umgesetzt?

VON JÜRIG KREBS

In Dietikon und Schlieren stimmten 62 respektive 63 Prozent der Stimmberechtigten für die Vorlage, die bezahlbaren Wohnraum fordert. Das ist deutlich über dem kantonalen Schnitt von 58 Prozent. Nur in Zürich, Winterthur und Adliswil war die Zustimmung noch höher. Insgesamt lag der Ja-Stimmen-Anteil im Bezirk Dietikon bei 56 Prozent. Die Stadtpräsidenten von Dietikon und

Schlieren werten das Resultat als Ausdruck von Sorge. Die Bevölkerung wolle den steigenden Mietpreisen etwas entgegenhalten.

Abstimmungsgewinner wie SP, CVP, Mieterverband oder der Verband der Wohnbaugenossenschaften fordern den Zürcher Regierungsrat auf, jetzt die Grundlage für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum zu schaffen und damit der Abstimmungsforderung nachzukommen. Danach können inte-

ressierte Gemeinden ihre Bau- und Zonenordnungen anpassen und preisgünstigen Wohnraum sichern.

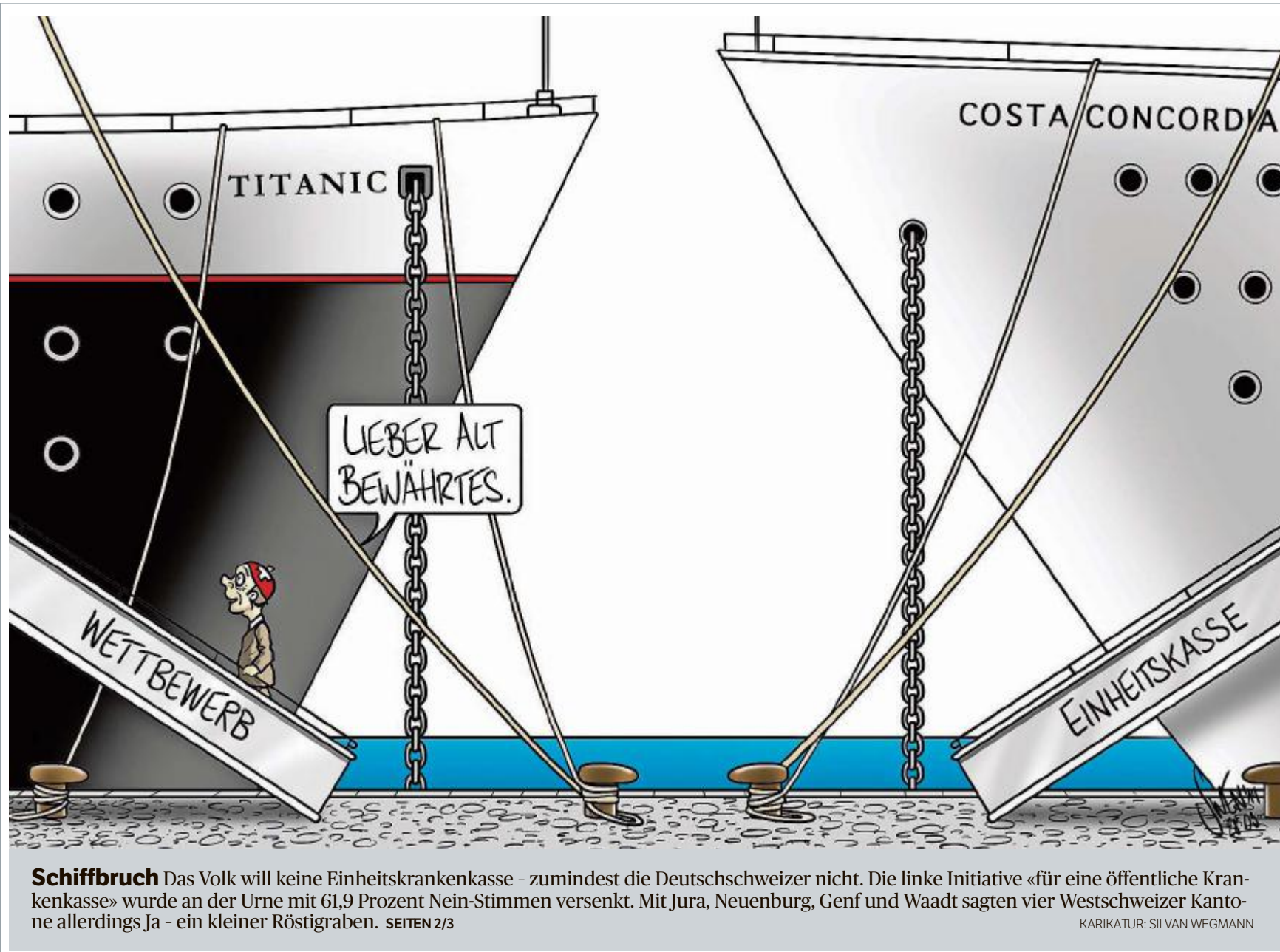
Bis es so weit ist, werden Jahre vergehen. Das Problem steigender Mieten ist aber akut. Der Dietiker Stadtpräsident Otto Müller (FDP) setzt schon heute auf ein anderes Prinzip: die Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften. Die Stadt gebe Boden im Baurecht ab oder helfe, mit Gestaltungsplänen die Bedürfnisse zu befriedigen. Dietikons Problem

ist auch weniger der Mangel an günstigem Wohnraum, sondern dass dessen Qualität teilweise mangelhaft ist.

Der Aescher Nationalrat und Präsident des Hauseigentümerverbands Schweiz, Hans Egloff (SVP), hat die Vorlage als Eingriff in die Eigentumsrechte bekämpft. Wie Müller glaubt er nicht, dass die Initiative schnell genug Anwendung findet. Er schätzt, dass die Mietpreise in ein paar Jahren wieder sinken werden. Ein Indikator sei, dass Gewer-

beräume heute wieder günstiger zu haben seien, diese würden den Wohnungszyklisch stets vorausgehen.

Nicht nur im Kanton Zürich hatte eine Vorlage zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum Erfolg. Auch im Kanton Nidwalden war das gestern der Fall. In St. Gallen zeichnet sich laut Egloff eine ähnliche Forderung ab. Es würde ihn nicht wundern, wenn das Thema bald auf nationaler Ebene diskutiert würde. KOMMENTAR UNTEN, SEITE 15



**Schiffbruch** Das Volk will keine Einheitskrankenkasse - zumindest die Deutschschweizer nicht. Die linke Initiative «für eine öffentliche Krankenkasse» wurde an der Urne mit 61,9 Prozent Nein-Stimmen versenkt. Mit Jura, Neuenburg, Genf und Waadt sagten vier Westschweizer Kantone allerdings Ja - ein kleiner Röstigraben. SEITEN 2/3

KARIKATUR: SILVAN WEGMANN

### KOMMENTAR

#### Es muss nicht abgewartet werden

Die Zürcher Gemeinden sollen Zonen für günstige Wohnungen festlegen können. Der Vorlage, die auf eine Initiative der SP zurückgeht, wurde gestern kantonsweit mit 58 Prozent Ja-Anteil angenommen. Nun muss die Regierung einen Vorschlag präsentieren.



von Jürg Krebs

Das Resultat verdeutlicht zweierlei.

■ Erstens: Nicht nur Stadtzürcher und Winterthurer beschleicht angesichts steigender Mietpreise ein ungutes Gefühl, sondern auch Bewohner von Land- und Agglomerationsgemeinden. Buchstäblich besorgt sind die Einwohner von Dietikon und Schlieren. Die 62 respektive 63 Prozent Ja-Anteile zeugen von der Sorge vieler, sie könnten wie die Zürcher aus ihrem Wohnort vertrieben werden.

■ Zweitens: Das von linker Seite vorgebrachte Anliegen findet auch bei bürgerlichen Wählern breite Akzeptanz. Das lässt sich beispielsweise am Ja des Bezirks Dietikon ablesen. Oder an der überraschend hohen Zustimmungsrate im SVP-dominierte Bezirk Andelfingen.

Ob die Vorlage schnell genug umgesetzt werden kann, um die aktuelle Wohnbau- und Preisentwicklung korrigierend zu steuern, bleibt abzuwarten. Zunächst muss ein Vorschlag der Regierung auf den Tisch, der vom Kantonsrat diskutiert wird. Erst dann können interessierte Gemeinden entscheiden, ob sie ihre Bau- und Zonenordnung entsprechend anpassen wollen. Es werden Jahre vergehen.

Dennoch ist das Abstimmungsresultat als Willensäußerung bereits heute ernst zu nehmen. Wo die Stimmbürger für ein Ja votiert haben, darf die Gemeindeexekutive das Ergebnis durchaus als Aufforderung verstehen, schon heute günstigen Wohnraum zu fördern - auch mit anderen Mitteln.

@juerg.krebs@azmedien.ch



### Gastroinitiative

#### Wirte erleiden eine böse Schlappe

Status quo bei der Besteuerung des Gastgewerbes: Das Stimmvolk hat die Initiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!» des Branchenverbands Gastro Suisse mit 71,5 Prozent Nein-Stimmen bachab geschickt. Nach dem deutlichen Verdikt flammen die Diskussionen um die Einführung eines Einheitssatzes wieder auf. Die FDP will in der nächsten Session einen Vorstoss einreichen. SEITE 4

### Fusion

#### Landschaft ist gegen einen Kanton Basel

Die beiden Basel bleiben getrennt. Zwar haben die Stimmberechtigten in Basel-Stadt der Einleitung eines Fusionsverfahrens mit 54,9 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt. In Baselland scheiterte ein entsprechender Verfassungsartikel jedoch überraschend deutlich mit 68,33 Prozent Nein-Stimmen. Keine einzige Gemeinde dort stimmte zu. Zur Annahme wäre ein Ja in beiden Kantonen nötig gewesen. SEITE 5

### Unterengstringen

#### 2016 wird über eine Fusion abgestimmt

Die Unterengstringer haben grosse Sympathien für die Idee einer Einheitsgemeinde: 78 Prozent sprachen sich gestern an der Urne dafür aus, das Thema voranzutreiben. Damit kommt es aber noch nicht zu einer Fusion von politischer Gemeinde und Primarschulgemeinde. Zuerst muss die Revision der Gemeindeordnung vorbereitet werden. Endgültig entschieden soll im Frühling 2016 werden. (BHI) SEITE 17

### Stadt Zürich

#### Es steht eine grosse Kirchenfusion an

Die Mitglieder der reformierten Kirche der Stadt Zürich und Oberengstringen haben gestern einen wegweisenden Grundsatzentscheid gefällt. 32 der 34 Kirchgemeinden haben sich dafür ausgesprochen, eine einzige Grossgemeinde zu schaffen. Einzig Oberengstringen und Witikon haben für das zweite Modell votiert, das lediglich ein paar freiwillige Zusammenschlüsse der Gemeinden vorgesehen hätte. SEITE 21





# LIMMATTAL

STADT UND KANTON ZÜRICH



Hunderte neue Wohnungen, Tausende Zuzüger und steigende Boden- und Mietpreise. Diese Entwicklung verunsichert die Bevölkerung. Eine der Neubauesiedlungen ist die «Futura» in Schlieren (Foto). E. FREUDIGER

## 56 Prozent fordern günstigen Wohnraum

Bezirk Dietikon Steigende Mieten verunsichern – die Bevölkerung fordert bezahlbaren Wohnraum auch für die Zukunft

VON JÜRIG KREBS

Die Stimmberechtigten des Bezirks Dietikon wollen sich bezahlbaren Wohnraum sichern. Knapp 56 Prozent votierten deshalb für den Gegenvorschlag zu einer SP-Initiative, der für Baugebiete einen gewissen Anteil an preisgünstigem Wohnraum vorschreibt. Trotz des Ja werden die Gemeinden aber noch individuell entscheiden müssen, ob sie dies auch definitiv wollen. Zuvor muss der Regierungsrat aber einen konkreten Umsetzungsvorschlag für die Initiative erarbeiten.

Die überaus grosse Nachfrage nach Wohnraum in der Agglomeration der Stadt Zürich hat zu einer regen Bautätigkeit in der Region geführt. In der Stadt Zürich sind die Mietpreise deshalb gestiegen. Wer sich die City nicht mehr leisten kann, zieht zum Beispiel ins Limmattal. Nun steigen die Preise aufgrund der Nachfrage auch hier. Das weckt Befürchtungen in der Bevölkerung, sich dereinst die Miete im eigenen Wohnort nicht mehr leisten zu können.

Gerade in den Städten Dietikon und Schlieren, die eine exorbitante Wohn-

bautätigkeit durchleben, ist das Resultat besonders deutlich ausgefallen: Über 62 Prozent der Dietiker und über 63 Prozent der Schlieremer stimmten der Vorlage zu. Nur in den Städten Zürich (72%), Winterthur (67%) und Adliswil (64%) fielen die Ja-Anteile höher aus.

Schlierens Stadtpräsident Toni Brühlmann-Jecklin (SP) sieht das Ergebnis denn auch im Zusammenhang mit der Wohnbautätigkeit. Er sagt: «Das Ergebnis drückt die Sorge aus, dass Wohnraum zum kostbaren Gut werden könnte.» Das Resultat sei als Aufforderung zu verstehen, die Bautätigkeit entsprechend zu lenken und günstigen Wohnraum in Zukunft zu garantieren.

Otto Müller (FDP), Stadtpräsident von Dietikon, interpretiert das Abstimmungsergebnis ähnlich. Dietikon wünsche sich neuen, zeitgemässen, aber eben auch bezahlbaren Wohnraum. Denn: Günstige Wohnungen sind im Bezirkshauptort «qualitativ teils an der Grenze des Zumutbaren», wie Müller jüngst gegenüber der Limmattaler Zeitung sagte.

Die Zustimmung war im Bezirk Dietikon aber auch in Urdorf (58%) und

Oberengstringen (61%) gross. Das wundert zum Beispiel André Bender (SVP), Gemeindepräsident von Oberengstringen. Seine Gemeinde weise nämlich eher zu viel günstigen Wohnraum aus und er nennt Überbauungen aus den 1950er- und 1960er-Jahren. Bender vermutet deshalb, dass die Stimmberechtigten die Gemeindeautonomie stärken wollten, weil nun jede Gemeinde für sich und nach eigenen Bedürfnissen entscheiden könne, ob sie der Forderung nach günstigem Wohnraum folge.

### Das Nein der reichen Gemeinden

Auf Ablehnung stiess die Vorlage im Bezirk in jenen Gemeinden, die einen hohen Anteil an Wohneigentum verzeichnen: Aesch (41% Ja-Anteil), Uitikon (40%), Oetwil (45%) oder Weiningen (49%).

Trotz eines relativ hohen Eigentumsanteils nahmen auch Geroldswil, Unterengstringen und Birmensdorf die Vorlage an. In Birmensdorf ist dies kein Wunder, denn günstiger Wohnraum ist knapp geworden. Gemeinderat Bruno Knecht (parteilos) sagte im August dazu: «Es ist unbestritten, dass

	Abstimmungsergebnisse Kantonale Vorlage		
	Festlegung Mindestanteil preisgünstiger Wohnraum		
	Ja	Nein	Ja %
Aesch	181	259	41,14
Birmensdorf	957	875	52,24
Dietikon	2650	1603	62,31
Geroldswil	605	597	50,33
Oberengstringen	933	595	61,06
Oetwil	329	402	45,01
Schlieren	1641	946	63,43
Uitikon	600	903	39,92
Unterengstringen	486	485	50,05
Urdorf	1443	1029	58,37
Weiningen	521	535	49,34
<b>Bezirk</b>	<b>10346</b>	<b>8229</b>	<b>55,7</b>
<b>Kanton</b>	<b>216094</b>	<b>154006</b>	<b>58,39</b>

gerade jüngere Leute aus der Gemeinde wegziehen, weil zu wenig erschwingliche Wohnungen zur Verfügung stehen.»

### Egloff (HEV) nicht überrascht

Enttäuscht, aber nicht überrascht zeigte sich der Aescher Nationalrat Hans Egloff (SVP), der als Präsident des Schweizer Hauseigentümergebietes im Kanton Zürich für ein Nein warb. Die Befürworter, so Egloff, hätten einen grossen Vorteil gehabt, denn wer sei schon gegen «bezahlbaren Wohnraum»? Das Ergebnis des bürgerlichen Bezirks Dietikon ist für Egloff «Ausdruck einer gewissen Sorge» angesichts der laufenden Entwicklung.

Trotz Ja glaubt Egloff, dass die Initiative nichts bringt wird. Es werde aufgrund der anstehenden Konkretisierungsaufgabe und nachfolgenden Abstimmungen Jahre dauern, bis sie anwendbar sei. Bis dahin seien Wohnungen wieder günstiger zu haben. Egloffs Begründung: Bereits sanken die Preise für Gewerbeflächen, diese würden den Wohnungspreisen stets zyklisch vorausgehen.

## Die Wohnraumfrage beschäftigt nicht nur Städte

**Mietpreise** Bezahlbarer Wohnraum, das ist nicht nur in den Grossstädten ein heisses Thema: Acht der zwölf Bezirke haben sich für spezielle Bauzonen ausgesprochen.

VON OLIVER GRAF

Überraschend deutlich haben die Zürcher gestern entschieden, dass die Gemeinden bei Bedarf in gewissen Baugebieten einen Mindestanteil an «kosten-günstigem Wohnraum» festlegen dürfen. Der Ja-Stimmen-Anteil betrug 58,4 Prozent. Das ist eine deutliche Klatsche für die bürgerlichen Parteien. Im Kantonsrat hatten sie den Gegenvorschlag zu einer SP-Initiative noch beinahe zu Fall gebracht – er wurde nur mit 88 zu

84 Stimmen unterstützt. Das Stimmvolk hat nun ein klares Zeichen gesetzt; bezahlbarer Wohnraum ist im gesamten Kanton ein heisses Thema.

So haben nicht nur – wie nach diversen Hausbesetzungen und Demonstrationen erwartet – Zürich (72,4%) und Winterthur (66,8%) klar Ja gesagt. Eine Mehrheit hätte die Änderung des Planungs- und Baugesetzes auch ohne diese beiden Grossstädte gefunden (52,4%). Hohe Ja-Anteile gab es dabei insbesondere im Limmattal- und im Glattal, wo unbestreitbar ein hoher Druck auf dem Wohnungsmarkt herrscht. Am linken Zürichseeufer gab es ebenfalls klare Zustimmung, an der Goldküste stimmten indes einzig Männedorf und Stäfa zu – bürgerliche Hochburgen wie Herrliberg (Ja-Anteil von 41%) lehnten den Vorstoss erwartungsgemäss mehrheitlich ab. Selbst im beschaulichen,

konservativen Zürcher Weinland gab es mehrere Orte wie Dachsen und Flurlingen, die für eine PBG-Änderung eintraten. Auf dem Land stellen diese gestern aber eine Minderheit dar.

### Besorgte Rechte, erfreute Linke

Die bürgerlichen Parteien reagierten gestern mit «grosser Besorgnis». FDP-Parteipräsident Beat Walti spricht von einer «weiteren Einschränkung des schon stark regulierten Wohnungsmarktes». Gebe die Gemeinde dem Eigentümer vor, welche tiefen Mietpreise er verlangen müsse, dann würden Private kaum mehr investieren. «Weniger Markt, weniger Angebot, teurere Wohnungen für alle», glaubt Walti. Ins selbe Horn stösst die SVP: «Es darf nicht sein, dass das Eigentum in unserem Land nicht mehr geschützt ist», hält Fraktionspräsident Jürg Trachsel fest. Wer günstige Mieten wolle,

### DIE VORLAGE

#### Das wird sich ändern

Das Planungs- und Baugesetz wird geändert. Neu sollen die Gemeinden in bestimmten Gebieten einen «Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum» festlegen können. Dies aber nur, wenn das Gebiet neu ein- oder aufgezoniert wird – der Besitzer das Land also mehr bebauen kann. Die Gemeinden (und ihre Gemeindeversammlungen) entscheiden im Einzelfall, ob sie solche Gebiete festlegen wollen. Der Regierungsrat wird nun in einer Verordnung die Einzelheiten regeln und diese dem Kantonsrat vorlegen.

dürfe den Markt möglichst wenig einschränken. Und der kantonale Gewerbeverband spricht von einem «ordnungs-politischen Sündenfall»; die Eigentumsfreiheit werde verletzt.

Diese Argumente der bürgerlichen Seite stuft die SP als «unsachlich» ein. Anständige Mieten seien ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung, sagt SP-Präsident Daniel Frei. Seine Partei werde nun «in den Gemeinden mit Vorstössen anregen, die neue Möglichkeit zu nutzen». CVP-Fraktionspräsident Philipp Kutter glaubt, dass trotz jetziger Skepsis auch die Investoren mitmachen werden. «Die Erfahrung zeigt, dass Bauprojekte mit einem gewissen Anteil an preisgünstigen Wohnungen auf eine grosse Akzeptanz stossen», sagt Kutter. «Diese Projekte sind sowohl für Gemeinden und Investoren als auch für die Mieterinnen und Mieter und das Gewerbe attraktiv.»